

## Liebe Trippstadter,

es ist sehr erfreulich, dass ihr euch die ganze Arbeit macht, die aber eigentlich von unserer Verbandsgemeinde geleistet werden müsste. Der entsprechende Beschluss des Verbandsgemeinderates, wurde bereits am 10. September des vergangenen Jahres - auch mit meiner Stimme - gefasst. Auszugsweise lautet er:

*"...Besonderen Wert legt die Verbandsgemeinde auf eine umfassende und **frühzeitige** Information und **Beteiligung** der Bürgerinnen und Bürger. Es soll daher zunächst schnellstmöglich eine Internetseite mit allen verfügbaren Informationen zu den Plänen der Landesregierung eingerichtet werden, außerdem soll es eine ständige Rubrik im Amtsblatt mit allen neuen Informationen zur Fusion geben. Die Bürger sollten zudem über die Arbeit der Steuerungs- und Arbeitsgruppen zeitnah informiert und zu den Eckpunkten vor der Beratung und Beschlussfassung im Verbandsgemeinderat und seinen Ausschüssen auch umfassend gehört und um Vorschläge und Kritik gebeten werden. Dazu soll es auch in allen Ortsgemeinden Einwohnerversammlungen zu dem Thema geben.  
[...]Die Ortsgemeinden müssten einbezogen werden ..."*

Ob und wenn ja wie dieser, zwischenzeitlich schon über sechs Monate alte Beschluss umgesetzt wurde, muss jeder für sich bewerten. Mir drängt sich leider der Verdacht auf, dass man vielerorts das Problem einfach aussitzen will. Wie sonst erklärt es sich, dass seit nunmehr über sechs Monaten nur eine einzige Verbandsgemeinderatssitzung einberufen wurde und die letzte Sitzung des VG-Rates - entgegen den Anforderungen des § 34(1), Satz 2 GemO - schon mehr als 3 Monate zurückliegt und immer noch nicht zur nächsten Sitzung eingeladen wurde?

Wenn wir wirklich Politik für unsere Bürger machen wollen, dann müssen wir unsere Bürger auch in unsere Entscheidungsfindungen einbinden - und nicht erst ganz am Ende des Beschluss-Prozesses vor vollendete Tatsachen stellen. Gleichzeitig erstaunt es mich, dass lediglich in Stelzenberg - und jetzt auch in Schopp - den Einwohnern Gelegenheit gegeben wurde, eine eigene Entscheidung zu treffen. Warum lassen sich es sich mündige Bürger eigentlich gefallen, dass über ihren Kopf hinweg entschieden wird? Ich kann euch daher nur ermutigen, auf eurem Weg der neutralen Sach-Information weiter zu gehen. Zugleich muss ich euch alle verfügbaren Daumen drücken, dass die Trippstadter in einer jetzt - hoffentlich - anstehenden Diskussion aus den schlechten Beispielen von Stelzenberg und Schopp gelernt haben und sich ohne persönliche Anfeindungen und Verleumdungen einfach nur zu den Fakten austauschen. Dafür schmeckt ein gemeinsames Bier doch viel zu gut, um es sich von unterschiedlichen Vorstellungen verderben zu lassen.

Ach ja, weswegen ich mich eigentlich bei euch eingeloggt habe:

Unsere Berechnungen, die wir vor drei, vier Jahren in Stelzenberg für drei unterschiedlich große Haushalte auf jeweils eigenen Grundstücken angestellt

haben, haben gezeigt, dass in der Gesamtschau aller Belastungen (vom Müll über Grundsteuer, Trinkwasser und Abwasser etc.) die Bewohner in unserer Verbandsgemeinde geringer belastet werden, als in Landstuhl, aber die geringsten Zahlungen in der Stadt Kaiserslautern anfallen. Wir haben keine Konstellation gefunden, in der ein Haushalt stärker belastet wird, als im Vergleich zur VG KL-Süd. Diese möglichen Einsparungen von ca. 40 - 200€ pro Jahr sollten aber nicht ausschlaggebend sein. Hier gebe ich eindeutig meinem Bauchgefühl den Vorzug.

Ich erlaube mir aber auch noch auf einen, wie ich denke wichtigen Sachverhalt hinzuweisen, der leider nur mit intensivster Recherche festgestellt werden kann: Die Stadt Kaiserslautern muss keine Schüler aus dem Landkreis in ihre Gesamtschulen aufnehmen, wenn sich städtische Kinder konkurrierend beworben haben. Die ersten Kinder aus dem Landkreis wurden im aktuellen Anmeldeverfahren an der Bertha-von-Suttner-Schule bereits abgewiesen.

Leider wird auch oft mit der finanziellen Situation der Stadt Kaiserslautern Stimmung gegen eine Eingliederung gemacht. Hierzu sollte man fairerweise auf verschiedene Sachverhalte hinweisen:

- 1.) Die Schulden der Stadt Kaiserslautern haben keinen Einfluss auf die Gebühren für die Trinkwasser-, Abwasser- und Oberflächenwassergebühren, denn sie werden, genau wie auch bei unserer Verbandsgemeinde, in einem eigenen Haushalt geregelt und Einnahmen dürfen nicht zur Querfinanzierung des sogenannten Kernhaushaltes der Stadt verwendet werden. Diese - niedrigen - Gebühren sind zudem sehr stabil, da sich die technischen Anlagen in der Stadt KL in einem insgesamt sehr guten Zustand befinden und laufend unterhalten werden. Genau diese Gebühren bestimmen aber in allererster Linie die Belastungen der Haushalte.
- 2.) Die Stadt bietet zudem lange Übergangszeiten, in denen höhere Gebühren und auch die Zuständigkeiten vor Ort einvernehmlich geregelt werden können.
- 3.) Durch die hohe Anschlussdichte (viele Abnehmer bei einer geringen Leitungslänge) ist es auch leichter, die Gebühren niedrig zu halten. Profitieren können dann auch die eher ländlichen Bereiche der Stadt..
- 4.) Die Schulden der Stadt müssen mit einer Addition der Schulden von den Ortsgemeinden, der Verbandsgemeinde UND des Landkreises verglichen werden, denn die unterschiedlichen Verwaltungsebenen im Landkreis sind in der Stadt alle auf einer Ebene zusammengefasst.
- 5.) Wenn man zudem bedenkt, dass sogar die Ortsgemeinde Trippstadt ihren Haushalt nur mit Auflagen umsetzen kann, dass der Landkreis schon seit einiger Zeit das gesamte Vermögen aus der Eröffnungsbilanz "abgeschmolzen" hat (die Stadt noch nicht) und die Verbandsgemeinde in den letzten 15 Jahren enorme Schulden aufgenommen hat, ohne aber diese Schulden für eine konzeptionelle Neuausrichtung aufgenommen zu haben, erscheint der "Popanz" verschuldete Stadt schon extrem relativiert.
- 6.) Zwischenzeitlich hat sich die Stadt Kaiserslautern auch zukunftsorientiert

aufgestellt. Ausgründungen von innovativen Firmengründern werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nicht nur Raum gegeben, sie werden sich auch positiv auf den Arbeitsmarkt und die Stadtfinanzen auswirken. Gerade der Stadteingang, den viele von uns nahezu täglich bei ihrer Fahrt zur Arbeitsstätte wahrnehmen, hat sich gewaltig verändert. Können wir uns noch an den alten Güterbahnhof und an die Kleingärten erinnern?

7.) Vor vier Jahren wollte Landrat Junker einzelne Teile von Kaiserslautern (z.B. Mölschbach und Einsiedlerhof) in den Landkreis abwerben. Was war wohl der Grund, warum nicht einmal die Gesprächsangebote angenommen wurden?

Wer Lust hat, kann sich auch gerne einmal den Vertragsentwurf ansehen, der vor vier Jahren mit OB Weichel für Stelzenberg ausgehandelt wurde. Diese - riesigen - Vorteile können sinngemäß auf Trippstadt übertragen werden. Eine einmalige Chance für unsere Gemeinden. Derartige Angebote sind von Landstuhl nicht zu erwarten.

Es ist jetzt ja wohl kein Geheimnis mehr und ich bekenn es gerne:  
Mein Herz schlägt für die Anerkennung unserer Lebensrealität und das bedeutet "Betze" statt "Nanstein", "Barbarossa" statt "Franz von Sickingen".

Vorschlag:

Trippstadt und Stelzenberg, wir gliedern uns gemeinsam in Kaiserslautern ein ... .. und treffen uns anschließend in der Sickingenstadt Landstuhl auf eine Tasse Kaffee und ein leckeres Stück Kuchen? Ich bin mir fast sicher, dass OB Weichel sogar bezahlen würde.

Mit einem Augenzwinkern

Reinhold Meister aus Stelzenberg